

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tagl. Unerbittungsbeilage Leben, Wissen, Kunst
für den Kreis der Provinz Sachsen monatlich 1.00 Mk.
für den Kreis der Provinz Preußen monatlich 1.10 Mk.
für den Kreis der Provinz Westfalen monatlich 1.20 Mk.
für den Kreis der Provinz Bayern monatlich 1.30 Mk.
für den Kreis der Provinz Sachsen und Provinz Preußen monatlich 1.40 Mk.
für den Kreis der Provinz Westfalen monatlich 1.50 Mk.
für den Kreis der Provinz Bayern monatlich 1.60 Mk.
für den Kreis der Provinz Sachsen und Provinz Preußen monatlich 1.70 Mk.
für den Kreis der Provinz Westfalen monatlich 1.80 Mk.
für den Kreis der Provinz Bayern monatlich 1.90 Mk.

Redaktion: St. Zingertstraße 14, II. Tel. 3485.
Erscheinung: am Montag von 12 bis 1 Uhr.
Erscheinung: St. Zingertstraße 14, II. Tel. 1769.
Erscheinung: von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertate werden die gewöhnliche Preiskategorie mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 50 Pf. Insertate müssen
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im
voraus zu bezahlen. - Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 276.

Dresden, Mittwoch den 29. November 1911.

22. Jahrg.

Aus der asiatischen Türkei.

pr. Konstantinopel, 28. November.

In Jaffa spielten sich folgende Szenen ab: Ein Volks-
haufe fing einen Straßenhund auf, band ihm einen Bart um
und setzte ihm einen Hut auf und zog mit diesem Symbol des
„Glaubens“ durch die Straßen. Bald sammelte sich eine Menge
von etwa tausend Personen. Zu dieser Demonstration wurde
sehr längerer Zeit gestreift; sie fand statt, trotzdem sie von den
Behörden verboten wurde. Als die Menge sich zahlreich genug
fühlte, zog sie vor das Regierungsgebäude und forderte die
Absetzung des Polizeikommissars, der derartige Kundgebungen
nicht dulden wollte. Diese Absetzung wurde auch
sofort zugestanden. Nunmehr berauscht von seinem
Triumph, wälzte sich der Volkshaufe zum Lager der Redise.
Hier erreichte der patriotische Tumult seinen Höhepunkt.
Schreie wurden geschrien, wilde Verwünschungen gegen die
Italiener ausgestoßen. Ersüllt vom steigenden Bewußtsein
ihrer Macht, schrie die Menge wieder zum Regierungs-
gebäude zurück und verlangte ein Neues: Sie verlangte, daß
dem abgesetzten Polizeikommissar vor ihren Augen die Kleider
ausgezogen werden. Darauf wollte die Regierung nicht mehr
eingehen. Es kam zu einem Zusammenstoß mit der bewaff-
neten Gewalt, worauf die Menge sich zerstreute; die Ab-
gehenden versprochen aber drohend, nächstens wiederzukommen.

Dieses Bild, das ich der Korrespondenz einer hiesigen
Zeitung entnahm, zeigt uns, wie die Stimmung der Massen
in der asiatischen Türkei ist. Was man hier Patriotismus
nennt, ist Fremdenhass. Darüber sollte man sich keinen
Täuschungen hingeben. Es ist nicht der Zusammenhalt des
Volkstums, der sich hier kundgibt, sondern der gemeinsame
Protest gegen das kapitalistische Christentum. Zwar sind jetzt die
Italiener der Feind, aber den Massen fällt es überhaupt schwer,
die „Fremden“ auseinanderzuhalten, ob es nun Franzosen,
Deutsche, Engländer oder Italiener sind. Und ist es denn in
Europa viel anders? Auch in Europa hat die öffentliche Mei-
nung seit Jahrhunderten und bis auf den heutigen Tag die
nationalen und Klassenunterschiede innerhalb der musliman-
ischen Welt sehr wenig beachtet. Die Grenzen kommen nun
aber auch alle nach dem Orient in der gleichen Gestalt: als
Kolonialstaaten mit einer unersättlichen, unerschöpflichen Aus-
beute und der ausgesprochenen Tendenz, diese Völkerschaften
zu beherrschen. Da sie alle den gleichen sozialen Typus dar-
stellen, so werden sie von der Bevölkerung gleich gehalten.
Der Feind, der „Glaubens“, das ist in ihren Augen der Feind.
Die Vorgänge in Jaffa zeigen auf der anderen Seite die
Schwäche der Regierung. Beide Faktoren müssen in Betracht
gezogen werden, um die Konsequenzen zu begreifen, die die
Beherrschung, die jetzt die muslimanischen Massen in Asien
erzielen hat, nach sich ziehen kann.

Aus Smyrna wird berichtet, daß dort große Volks-
massen, Schreitende, aus der weitaus Umgebung zusammen-
strömen. Sie kommen alle, um die Stadt im Falle eines ita-
lienischen Angriffs zu verteidigen. Ob sie alle dazu nötig sind,
ist mehr als zweifelhaft. Da sie aber da sind, so müssen sie
vor allem ernährt werden. Viele sind wohl auch durch den
Hungertreiben worden, in der Hoffnung, daß die reiche
Stadt, die jetzt ihrer bedarf, Mittel zu ihrem Unterhalt finden
werde. Was fehlt das nicht, so wird der Unwille dieser Massen
hinter ihrem Patriotismus sicher nicht zurückgehen.

Reben dem Patriotismus, dem Fremdenhass, der Ver-
achtung des „Glaubens“ zeigt sich ein allgemeiner Wut gegen
die Religion. In einem patriotischen Bild, das jetzt auf der
türkischen Bühne in Konstantinopel unter szenischem Beifall
aufgeführt wird, kommt folgender Dialog vor: Die Frauen in
Tepalik fragen, als sie die italienischen Kriegsschiffe
herankommen sehen, wo denn die türkische Flotte sei? —
„Wir haben keine Flotte!“ — lautet die Antwort.
„Aber wie denn? Wir haben doch so viel gepfernt, um Kriegs-
schiffe zu bauen!“ — „Die Arme waren es bloß, die ihr
Geld hergegeben haben, die Arme haben nichts gegeben.“
Was nun in Konstantinopel einen literarischen Ausdruck
annimmt, kann in Smyrna gelegentlich auf der Straße aus-
gesprochen werden. Da es die Europäer bezog, die „Glaubens“
sind, die den Reichtum repräsentieren, so wüßte die Mehrheit der
Massen unfehlbar sich gegen diese richten.

Die wirtschaftlichen Zustände in dieser wichtigen Han-
delshafen der asiatischen Türkei sind aber durch den Krieg sehr
prekär geworden. Der Kredit der Bank von Smyrna ist
nicht der einzige. Ein großer Teil der Kaufmannschaft
kann kaum noch seinen Verpflichtungen nachkommen. Die Ein-
schränkung des Kredits hat nun aber zur weiteren Folge, daß
die Kaufleute, die ihre Warenvorräte nicht mehr erneuern
können, ihre Warenvorräte nicht mehr erneuern können.
Die Warenpreise, die auch jetzt schon enorm hoch sind,
können aber, bei der geringen Kaufkraft der Bevölkerung,
nicht noch mehr gesteigert werden. Dazu kommt eine andauernde
trockene Witterung, die die Herbstbestellung der Felder unmög-
lich macht und die Ernte des kommenden Jahres bedroht.
Dauert der Krieg fort, so ist im Frühjahr ein allgemeiner ge-
schäftlicher Zusammenbruch zu erwarten. Dieser wird natü-
rlicherweise zusammen mit dem Zusammenbruch der asiatischen
Volkswirtschaft, die sich vor den Toren der Stadt ansammelt.
In Konstantinopel, wo der zentralisierte Staat mit den
türkischen Behörden sich auszusprechen hat, hat der Krieg

die Autorität der Regierung erst recht geschwächt. Folgende
beglaubigte Mitteilung, die dem sozialistischen Abgeordneten
des Majles Wan, dem armenischen Deputierten B. Papasian,
zuging, kann als typisch gelten. Der kurze Satz bereist mit
seiner bewaffneten Gefolgschaft die Dörfer und treibt regel-
recht Steuern ein. Der Regierungsbereiter hat infolge dessen
an das Finanzministerium einen Bericht eingeschickt, in dem er
erklärt, er halte sich selbst nicht mehr für berechtigt, von der
Bevölkerung die fälligen Staatssteuern einzufordern, denn 1.
tut der Staat nichts, um die Bevölkerung zu schützen, 2. kann sie
nicht zahlen, da ihr bereits vom türkischen Raubritter das
Geld abgenommen wurde.

Viele dieser türkischen Großherren werden notischer-
weise von der zarischen Regierung gefügigt und geför-
dert. Wenn Rußland Nordpersien okkupiert und auf diese
Weise bis auf die Westgrenze der asiatischen Türkei vorrückt,
werden die Kurden ihr Bergegebiet erst recht fortführen
können.

Nach Greys Rede.

Die gestern veröffentlichte Rede des englischen Ministers
schloß mit Friedensbeteuerungen, die in dem programmatischen
Schlusssatz ausklangen: England wolle mit allen Mächten Frieden
halten, ohne seine Vertragsbestimmungen mit Frankreich zu
verlegen. Premierminister Asquith betonte das gleiche und
das ganze Haus gellte der kühnen Friedensfundgebung Beifall.
Aber unsere bürgerliche Presse gerberdet sich trotzdem, als sei
ihre die englische Regierung noch etwas schuldig. Man weiß
nicht, was über das von Grey Gesagte hinaus die bürgerliche
Presse Deutschlands eigentlich erwartet hat. Die konservative
Streuzettelung schreibt: „Die Rede bietet keinen Anlaß, sich zu
enthalten und keinen, sich ihrer zu freuen.“ Die liberale Presse
ist auf den gleichen enttäuschten Ton gestimmt und die öst-
liche Zeitung, die Trabanten der Regierung, läßt sich aus
Berlin telegraphieren: „Wer von der mit so großer Spannung
erwarteten Rede Sir Edward Greys etwa erwartet haben
sollte, daß sie eine neue Orientierung der englischen Politik
enthalten würde, muß sich enttäuscht fühlen.“

Ja, was hat unsere Kapitalistenpresse eigentlich erwartet?
Sie glaubte, daß in Greys Rede eine offizielle Ausbreitung
Aberlens bestätigt werden sollte, eine Ausbreitung, die die
bürgerliche Presse vor Wochen mit gleichmütiger Genugtuung
fortspottete und die da belegte: Aberlens habe der englischen
Regierung nach Lord Georges Kriegserklärung eine echt-türkische
Zurückweisung erteilt, so daß sich England verdrückt beruhigt
habe. Nach Greys Rede aber stellt sich heraus, daß die
englische Regierung den Reutonen Aberlens von bedrohlich-
wärtiger Geheimerei zu diplomatischen Manieren erzog.
Strom in den Angaben unserer Marokkopolitikanten stimmt
nicht und darum vermissen die bürgerlichen Blätter so manches
in der englischen Rede.

Wenn es nur die reaktionäre Presse wäre, die unbesirrt
weiter gegen England schreit, so bewies das höchstens wieder,
daß die Reaktionen wissen, was sie wollen: eine Wahlparole!
Wenn aber die freisinnige Presse in ein ähnliches Gezeck fällt,
so beweist das nur, daß sie auch in der Auslandspolitik nicht recht
weiß, was sie eigentlich will. So beharrt sogar das sonst
vernünftigen Ansichten zugängliche Berliner Tageblatt noch
immer bei der Nebenart, England habe sich in der Marokko-
affäre ein Weltrentieramt und ein unbedingtes Vetorecht
angemacht. Das Blatt hat nicht so viel Gerechtigkeit, anzu-
kennen, daß, nachdem der deutsche Kaiser einmal versichert
ohne ihn dürfe keine Entscheidung in der Welt fallen, schließlich
auch England das Recht hat, sich für eine Anerkennung der
Weltweite und die Möglichkeit eines europäischen Krieges zu
interessieren. Wehlich spricht sich auch die Völkische Zeitung
aus, die sich offenbar für sehr diplomatisch hält, wenn sie schreibt:

Die Verhandlungen des englischen Unterhauses... haben
die politische Lage nicht verschlechtert, und das ist schon etwas;
sie beruhten aber auch keineswegs zu einer optimistischen Aus-
sicht... Einmaligen läßt man sich, daß in einer Zeit, wo nicht
nur Englands, sondern aller Völker Interessen der Weltfrieden ist,
so steinlich alle Reiche mit erdlichem Eifer auf die Lösung zum
Krieg bedacht sein werden. Auch so recht sie sich weiter, die
Schraube ohne Ende.

Ja, auch die deutschen Liberalen helfen sie weiter drehen!
Rein fortschrittliches Blatt hat den Mut, sich
angelsichts der gegebenen Sachlage gegen
neue Flottenaufstellungen auszusprechen!

Die antienglische Pole der liberalen Presse ist nicht zu-
legt auch von Rücksicht auf den national-liberalen Nachbar
beeinflusst. Man muß nur die Nationalzeitung zur Hand
nehmen, um zu sehen, wie sich der Nationalliberalismus darüber
ärger, daß ihm durch die Vorgänge in englischen Unterhaus
die Flottenparole so gründlich verdorben worden ist. Die
Nationalzeitung läßt an Greys Rede kein gutes Haar und regt
sich besonders darüber auf, daß die englische Regierung „den
vagen Bedächtigungen geblähter Ohrenbläser Glauben ge-
schenkt“ habe, da sie sich nicht ohne weiteres davon überzeugen
lassen wollte, daß Deutschland wirklich keinen Landwerb in
Marokko beabsichtige. Aber waren denn diese offenbar äußere
„deutschfeindlichen“ gehässigen Ohrenbläser, die so taten, als
sie trotz aller Regierungserklärungen eine dauernde Festsitzung
Deutschlands in Marokko etwas Selbstverständliches? Es

wären unsere alldeutschen national-liberalen Blätter und an
ihrer Spitze — die Nationalzeitung!

Es zeigt sich eben auch an den Nachwehen der Marokko-
affäre: Die einzig sichere Friedensbürgschaft liegt im Frieden-
willen der arbeitenden Massen aller Länder!

Die deutsch-englischen Verhandlungen im Oberhaus.

London, 28. November. Lord Courtenay lenkte im Ober-
haus die Aufmerksamkeit auf die kürzlichen Verhandlungen zwischen
Frankreich und Deutschland bezüglich Marokkos und das Verhalten
der bürgerlichen Regierung in Verbindung mit diesen Verhandlungen.
Die Debatte im Unterhaus am gestrigen Tage hatte das Interesse
an der Frage ziemlich gemindert und es hatte sich daher nur eine
kleine Versammlung von Lords eingefunden. Lord Courtenay be-
rührte die allmähliche Verbesserung der Beziehungen Englands zu
Frankreich und Rußland und fragte, warum das, was im Falle dieser
beiden Länder geschehen ist, nicht auch im Falle Deutschlands ge-
schehen könne, und warum nicht ein dem englisch-französischen Ab-
kommen ähnlicher Vertrag mit Deutschland geschlossen werden könne.
Das britische Unwägliche kam heute von der Regierung, die ein-
gebender hätte kühner werden sollen, nur geringe Beachtung, während
die Vertragsverhandlungen mit Frankreich doch eingehender be-
trachtet werden sollte. Die Bedeutung dieser Verhandlungen übersehen
und veräußern, sich mit der Algerienfrage eingehend zu beschäftigen.
Wenn man die Algerienfrage sich ständig vor Augen gehalten hätte, so
würden wir fast alle unsere Schwierigkeiten vermeiden haben. Es
würde vieles erspart haben, wenn wir Frankreich ausmündigere
hätten, daß Schritte von Seiten Frankreichs, welche die Unab-
hängigkeit Marokkos bedrohten, kommentiert bei den andern
Mächten hervorgerufen hätten, die an der Algerienfrage beteiligt sind.
Aber wir taten nichts und gestatteten, daß die Angelegenheit sich
selbst überlassen blieb. Wir wußten nicht eher auf, als bis der
Panther entsandt wurde. Lord Courtenay bemerkte, daß Deutsch-
land keine klare Darlegung seiner Absichten gegeben habe,
als der Vertrag entworfen wurde. Er erklärte mit Bezugnahme auf die
Rede von Lord George, daß der einschlägige Weg erlaucht gewesen sei.
Die Hilfsquellen der Diplomatie seien nicht erschöpft gewesen und die
Angelegenheit hätte noch in diplo-
matischer Weise behandelt werden können. Lord George habe seinen
Wunsch nicht gut erfüllt. Die tatsächliche Lage der letzten Monate
sei die, daß sich Grey und die auswärtige Politik Großbritanniens
leiten lassen sollten von einer neuen Auffassung von internationaler
Verständigung.

Viscount Morley gab seinem tiefen Bedauern Ausdruck
über Lord Courtenays Angriff auf Sir Edward Grey. Es sei auch
schwerlich zu sagen, daß die Lächer der Entente von 1904 an legend-
liche Feindschaften gegenüber Deutschland gebracht hätten. Ich
bin gewiß, daß Lord Courtenay nicht den Wunsch hat, daß wir das
Abkommen kündigen, das würde natürlich nicht möglich sein. Der
ganze Kern des Abkommens bestand darin, daß England freie Hand
in Ägypten und Frankreich freie Hand in Marokko haben sollte. Nach-
dem Marley auf die wichtige Tatsache der gewaltigen Fortschritte der
deutschen Flotte während der letzten vier Jahre hingewiesen hatte,
erklärte er, wir können unsere Augen dagegen nicht
verschließen. Es liegt aber nicht in der fernsten Erwarte-
nung von Deutschlands Macht zur See, was das allgemeine Emp-
finden herzlicher Freundschaft beeinträchtigen könnte.

Eine Wahlrede Poladowskys.

Graf Poladowsky ist bekanntlich im Wahlkreis Bielefeld-
Wiedenbrück als Sammlungsmandat von den Konservativen,
dem Zentrum, dem Bund der Landwirte und den National-
liberalen aufgestellt. Bisher ist der Wahlkreis durch unteren
Genossen Sedering im Reichstag vertreten. Am Dienstag
abend hielt der Graf seine erste Wahlrede. Wir glauben
nicht, daß seine Auftragsgeber sonderlich mit dieser Rede
zufrieden gewesen sein werden. Sie war zum Teil eine
Polenrede gegen Anschuldigungen, die von den Parteien vertreten
werden, die ihn aufgestellt haben. Der Graf erklärte zunächst,
er sei kein Parteimann. Minister dürften und könnten
keine Parteimänner sein. Wenn sie auch früher einer Partei
angehörig hätten, so verließen sie es doch, als Minister drohete
Parteimänner zu sein. Dabei läme es auch, daß so viele
Minister an ihrer eigenen Partei starben. Poladowsky
wies dabei auf die angeblich sozialistischen Minister in Frank-
reich, er ist sich aber aus seinen Ausführungen hervor-
gehend, darüber klar, daß man nicht nach Frankreich zu gehen
braucht, um die Leiden solcher an ihrer eigenen Partei ge-
storbenen Minister zu finden. Dann ging er auf die aus-
wärtige Politik über. Von der Erwerbung der neuen
afrikanischen Kolonien und Niederlande ist er sehr wenig
erlaubt. Ein Land, wo die Europäer nicht arbeiten können
und die Eingeborenen nicht erziehen wollen, bedeuete keine
Verstärkung unserer wirtschaftlichen und politischen Macht.

Poladowsky erkennt damit die Verdrängung der von
sozialdemokratischer Seite an unserer Kolonialpolitik geübten
Kritik an. Denn was Poladowsky hier von dem neu erworbenen
Gebiet gelaßt hat, das trifft auf unser ganzes übriges Kolonial-
gebiet genau ebenso zu. Aber auch der Marokkobegeisterung
unterer chauvinistischen Heißhörne steht Poladowsky kühl
gegenüber. Zunächst wußte er die Frage auf, ob es denn not-
wendig gewesen wäre, Handel und Verkehr solange zu beun-
ruhigen, trotzdem man ja angeblich ein Stück von Marokko
gar nicht hatte haben wollen. Dann wendet er sich gegen
den Glauben, daß es ein Stück für Deutschland gewesen wäre,
wenn es ein Stück Marokko erworben hätte. Es wäre sehr
zweifelhaft, ob es nicht im Punkte der Schwäche geworden
wäre. Falls es es, jetzt schon von einer Überbevölkerung